



## Regierungsratsbeschluss vom 29. November 2016

Totalrevision der Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung (EÖBV): Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

---

**P161458**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

### **Begründung**

Der Bundesrat hat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens die Kanton eingeladen, sich zur Totalrevision der Verordnung über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBV) zu äussern. Der Regierungsrat begrüsst im Grundsatz die geplante Verordnungsrevision, äussert sich zu einzelnen Bestimmungen aber kritisch. Er stellt namentlich die neue Gebühr für die Nutzung des eidgenössischen Urkundspersonenregisters (UPReg) in Frage.

